

dreistufigen Form durch das Finanzministerium einseitig in den vergangenen Wochen und Monaten aufgebaut worden ist. Wir fordern deshalb beim Aufbau dieser dreistufigen Finanzverwaltung auch das demokratische Mitspracherecht der Kommunen im Blick auf die Bildung der Finanzamtsbezirke. Wir haben hier Eingaben aus den Bezirken Chemnitz und Cottbus vorliegen. Aber wir weisen auch darauf hin, daß die Art und Weise der Besetzung der Finanzämter mit Fachleuten durchaus strittig ist.

Meine Damen und Herren! Die Überweisung des Pakets der Steuergesetze an die in der Vorlage genannten Ausschüsse wird zweifellos Gelegenheit geben, auch die Sozialverträglichkeit mit anderen steuerlichen Bestimmungen zu prüfen. Die Problematik der Verbraucherpreise und der Verbrauchergewohnheiten im Zusammenhang mit den rechnerisch zu erwartenden Nettoeinkommensminderungen - sie sind bedingt durch den Beitrag zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung - treffen besonders die Einkommensbezieher der Produktionsarbeiter ab 1600 DM monatlich. Das, meine Damen und Herren, bedarf in den Ausschüssen noch einer genauen Prüfung. Wir wissen dabei, daß die Finanzierung von Zuschlägen aus dem Haushalt der DDR dabei nur begrenzt möglich ist.

Die Fraktion CDU/DA stimmt der Überweisung des vorliegenden Steuerpakets an die genannten Ausschüsse zu und erwartet, daß in der 2. Lesung eine Reihe von Fragen konkret beantwortet wird.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Es schließt sich die Fraktion der SPD an, vertreten durch den Abgeordneten Manhenke.

Dr. Manhenke für die Fraktion der SPD:

(Wegen des großen Pakets Drucksachen, das er unter dem Arm trägt, von einem Teil der Abgeordneten mit Heiterkeit und Beifall begrüßt.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es besteht kein Zweifel, daß mit Beginn der Währungs- und Wirtschaftsunion die Übernahme von Steuergesetzen der Bundesrepublik notwendig ist, und zwar möchte ich vier Gründe anführen. Der erste wurde heute noch nicht genannt: Das Steueraufkommen der Bundesrepublik ist nämlich auch zu schützen und zu sichern, denn ansonsten würde die DDR zum Steuerparadies für Westler werden. Zweitens sind die Steuern ein politisches Instrument für unsere Marktwirtschaft, drittens die Haupteinnahmequelle der Haushalte von den Kommunen bis zum Staat. Und als viertes ist es klar, daß die Übernahme dieser Gesetze die deutsche Einheit vorbereitet. Wir Sozialdemokraten unterstützen deshalb diese Vorlage nicht nur, weil sie das Steuerpaket aus dem Hause des SPD-Finanzministers ist.

Für unsere Bürger zur Kenntnis habe ich dieses Paket hier einmal mitgebracht, das wir heute behandeln. Wir haben also in erster Linie das Umsatzsteuergesetz; dann haben wir eine ganze Reihe von Sonderverbrauchssteuern, eine ganze Reihe von Verkehrsgesetzen, also Kapitalverkehr, das hat mit dem normalen Verkehr nichts zu tun.

(Heiterkeit)

Dann haben wir die Abgabenordnung und das Zollgesetz. Zu den übrigen Gesetzen komme ich noch.

Diese Gesetze sind im Grunde weitgehend von der Bundesrepublik übernommen worden. Heißt das nun für uns: Augen zu und durch, oder sind wir doch in der Lage, sich aus unserer Situation ergebende Besonderheiten eigenständig zu regeln? Überall dort, wo im Staatsvertrag Ermächtigungen für eigene Regelungen möglich sind - und die sind im Staatsvertrag für die Übergangszeit möglich -, sollten wir diese für unsere Bürger so ausfüllen, daß die Belange unseres Landes optimal berücksichtigt werden. Hier denke ich beispielsweise an das Clearing-Verfahren für die Zuordnung des Steueraufkommens an die DDR.

Jeder weiß, daß mit der Wirtschaftsunion der Strom von Westwaren in Richtung Osten ungleich größer als umgekehrt sein wird.

Die Umsatzsteuer heißt deshalb auch Mehrwertsteuer, weil sie auf jeder Stufe des Leistungsaustauschs die zusätzliche Wertschöpfung dieser Stufe besteuert. Dies führt im einheitlichen Erhebungsgebiet normalerweise nur zu Aufkommensverschiebungen zwischen einzelnen Bundesländern. Da wir noch kein Gesamtstaat sind, muß die Wertschöpfung in der Bundesrepublik für diese Waren aus dem Westwarenstrom in unser Land auch in unseren Haushalt fließen. Dies soll durch das Clearing-Verfahren gesichert werden. Wir weisen aber darauf hin, daß für die Erfassung und Kontrolle Festlegungen und Instrumente geschaffen werden müssen, um nicht dabei Milliardenbeträge zu verlieren.

Aufkommenszuordnungssicherungen wird es auch für die Sonderverbrauchssteuern geben müssen. Es ist ja nur für die Tabaksteuer gelungen, durch DDR-eigene Steuerzeichen dies lückenlos zu sichern.

Wir haben auch ein spezielles DDR-Gesetz, das Änderungs- und Ergänzungsgesetz, in diesem Paket. Es beinhaltet die Einkommens- und Gewinnermittlung, die Lohnsteuer und die Körperschaftsteuer, die der bundesrepublikanischen Regelung nur angepaßt sind und für den Zeitraum bis 1.1. 1991 gelten sollen. Sie sind einfach gehalten und ermöglichen auch finanztechnisch einen notwendigen Umstellungszeitraum.

Bei der Einkommenssituation in unserem Land, bei unseren Bürgern wird das Steueraufkommen bis auf weiteres überwiegend von der Umsatz- und der Sonderverbrauchssteuer bestimmt. Da dies indirekte Steuern sind, entspricht das eigentlich nicht sozialdemokratischer Steuerpolitik. Eine direkte Steuer, also eine, die auf das Einkommen gerichtet ist, wäre aus unserer Sicht sozial gerechter auszurichten. In der Kürze der Zeit ist ein einfaches, übergangswises Prinzip jedoch zu begrüßen.

Bei der Schaffung eines gesamtdeutschen Steuersystems befürworten wir - wie die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik - anstelle des Kinderfreibetrages innerhalb der Lohnsteuer die Einführung des Kindergeldes. Es ist ja bekannt, daß durch den einheitlichen Kinderfreibetrag Höherverdienende im Endeffekt eine größere Steuerermäßigung erhalten als Geringverdienende. Das könnte also durch ein Kindergeld besser, sozial gerechter geregelt werden.

Außerdem möchte ich für die Bearbeitung in den Ausschüssen noch darauf hinweisen, daß in Familien mit Kindern, in denen beide Elternteile lohnsteuerpflichtig sind, der Kinderfreibetrag auch für beide wirksam wird. Bei Alleinerziehenden hingegen bzw. wenn nur einer der Eltern arbeitet, tritt die Vergünstigung auch nur einmal ein. Das sollte noch korrigiert werden, denn so sieht es zur Zeit in dem vorliegenden Paket aus.

Noch ein Wort zu den sogenannten Verkehrssteuern. Nicht im Steuerpaket enthalten ist die Grunderwerbssteuer. Sie ist im Staatsvertrag erst ab 1. Januar 1991 vorgesehen. Die gegenwärtige Grunderwerbsbesteuerung in der DDR ist durch zahllose Befreiungen weitgehend ausgehöhlt. Da mit einem erheblich steigenden Grundstücksverkehr gerechnet werden muß, sollte geprüft werden, ob das Grunderwerbssteuerrecht der Bundesrepublik nicht eher wirksam werden könnte.

Noch ein Wort zum marktpolitischen Einsatz der Steuern, zu dem Dilemma, daß der Handel DDR-Waren kaum noch anbietet. Ab 2.7. 1990 gibt es die neue Bedingung freier Preisbildung. Es ist zu prüfen, ob der Mehrwertzuschlag bei bestimmten Produkten unserer Produktion eventuell teilweise reduziert werden kann. Wir sind, wie die CDU-Rednerin heute vormittag schon einmal gesagt hat, auch für Steuerpräferenzen auf diesem Sektor. Die Regierung muß jedenfalls in dieser arbeitsplatzsichernden Frage aktiver werden.

Im übrigen ist die SPD der Ansicht, daß mit dem Steuerpaket den Bedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion Rechnung getragen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)